

Olga Karatch wurde vom belarusischen Regime inzwischen 32 Mal als Extremistin bezeichnet.

Finanzierung oder digitales Targeting. Jede einzelne Entscheidung mag technisch und rechtmäßig erscheinen; ihre kumulative Wirkung auf einen Menschen im Exil kann dennoch zerstörerisch sein.

Wie universell sind Menschenrechte?

Und hier stellt sich die unbequemste Frage: Sind Menschenrechte tatsächlich universell, oder nur so lange, wie ihre Anwendung mit unserer geopolitischen Position übereinstimmt? Wenn wir die Unabhängigkeit von Anwält*innen in Belarus verteidigen, eine Anwältin bei uns aber nach der politischen Akzeptabilität ihrer Mandant*innen beurteilen; wenn wir Feindbilder in autoritären Staaten verurteilen, uns aber an unsere eigene Feindkultur gewöhnen; wenn wir unabhängige Zivilgesellschaft im Ausland unterstützen, ihr gegenüber jedoch weniger tolerant werden, sobald sie Entscheidungen infrage stellt, die unser Staat im Namen der Sicherheit trifft – dann hören Menschenrechte auf, ein universelles Prinzip zu sein, und werden zum Instrument der Geopolitik.

Für Belarus*innen im Exil ist dieser Widerspruch besonders schmerzhaft. Lukaschenko weiterhin zu kritisieren bleibt notwendig; die eigentliche Prüfung beginnt dort, wo dieselben Prinzipien in dem demokratischen Land verteidigt werden müssen, das dir Schutz gewährt hat – nicht weil es zur Diktatur geworden wäre, sondern damit es niemals dazu kommt.

Meinungsfreiheit hat dann einen Sinn, wenn sie von einem Menschen genutzt wird, mit dem wir nicht übereinstimmen; die Unabhängigkeit der Anwaltschaft dann, wenn ein Anwalt einen politisch unpopulären Mandanten verteidigen kann; Zivilgesellschaft dann, wenn sie auch über die Sicherheitspolitik des eigenen Staates streiten darf; und das Recht auf Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen gerade im Krieg, wenn es am schwersten zu verteidigen ist.

Wenn wir tatsächlich von einer Friedenskultur sprechen, müssen wir sie nicht dann verteidigen, wenn das Wort „Frieden" bequem, sicher und politisch populär ist, sondern dann, wenn es Irritation und Misstrauen hervorruft. Andernfalls riskieren wir, den Autoritarismus auf der einen Seite der Grenze zu bekämpfen und zugleich Elemente seiner Logik auf der anderen gesellschaftlich akzeptabel werden zu lassen – nur weil sie dort nicht mehr Repression, sondern Schutz der nationalen Sicherheit heißen.

Olga Karatch ist Menschenrechtsverteidigerin und Direktorin der VšĮ „Our House Centre for Human Rights and Relief" in Litauen. Sie arbeitet zu Menschenrechten, Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen, Friedensarbeit, Zivilgesellschaft und transnationaler Repression gegen Belarus*innen im Exil.

Frieden von unten

Erinnerungen an Kursk – und die Frage, was Friedensaktivist*innen heute tun können

Robert Hülsbusch

Manche Reisen enden nicht mit der Rückkehr. Sie wirken weiter, oft über Jahre, manchmal über Jahrzehnte. Im Sommer 1990 reisten Mitglieder der Friedensinitiative Nottuln in die damalige Sowjetunion. Es war eine Exkursion im Rahmen der 2. Deutsch-Sowjetischen Friedenswoche. Unser Ziel war Kursk, rund 500 Kilometer südlich von Moskau.

Was dort begann, war weit mehr als ein Besuchsprogramm. Es wurde zu einer Erfahrung von Versöhnung, zu einer Schule des Friedens – und zu einem Beispiel für „Diplomatie von unten".

Schon am Anfang stand ein Bild, das ich nie vergessen habe. Vor den Toren Moskaus hielten wir an Panzersperren, die einst errichtet worden waren, um den deutschen Vormarsch aufzuhalten. Drei massive, stumme Gebilde ragten vor uns auf – Mahnung und Erinnerung zugleich. Wir legten Blumen nieder, entzündeten Kerzen und sprachen Worte der Verstän-